

Bundesanzeiger

Name	Bereich	Information	V.-Datum
Flughafen Frankfurt - Hahn GmbH Lautzenhausen - Flughafen Hahn	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 und Tätigkeitsabschluss	18.06.2012

Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Lautzenhausen

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 und Tätigkeitsabschluss

Lagebericht

Geschäftsklima und Rahmenbedingungen

Das abgelaufene Geschäftsjahr war gekennzeichnet durch eine auseinanderlaufende Entwicklung der Verkehrssegmente Passage und Fracht:

Die Belastung durch die Luftverkehrssteuer bzw. die daraus resultierenden Streichungen von Verbindungen und Frequenzen der Fluggesellschaft Ryanair führten auf der einen Seite zu einem deutlichen Passagierrückgang; so wurden im vergangenen Jahr nur 2.894.363 Passagiere abgefertigt, das sind 17,2 Prozent weniger als im Jahr 2010 (3.493.629 Passagiere). Maßgeblich dafür war insbesondere der Wegfall der drei täglichen Berlin-Verbindungen. Diese wurden unmittelbar nach Einführung der Luftverkehrssteuer (bei Hin- und Rückflug innerdeutsch je 8 EUR zzgl. MwSt.) im Januar 2011 gestrichen. In Folge reduzierte sich das Aufkommen am Flughafen Frankfurt-Hahn um rund 260.000 Passagiere bis Jahresende. Durch weitere Anpassungen im Jahresverlauf (weitere sieben Destinationen wurden gestrichen, andere ausgedünnt) sanken die Passagierzahlen weiter. In der Sommersaison waren im Schnitt acht stationierte Ryanair-Flugzeuge ab Hahn im Einsatz, im Winter nur noch fünf bis sechs. Die weiteren Fluggesellschaften, Wizzair und Iceland Express, operierten auf Vorjahresniveau, angekündigtes Wachstum blieb jedoch aus.

Auf der anderen Seite konnte der Frachtverkehr im Jahr 2011 abermals zulegen, und zwar auf das Rekordniveau von 286.416 Tonnen geflogene Fracht (Eigenaufkommen zzgl. Transit). In 2010 wurden 228.547 Tonnen befördert, das bedeutet eine Steigerung von 25,3 %. Somit wurden erstmals so viele Verkehrseinheiten Fracht wie Passage befördert (eine Verkehrseinheit entspricht einem Passagier oder 100 kg Fracht). Nahezu alle Frachtkunden lagen im Frachtaufkommen über Vorjahresniveau. Air Cargo Germany mit vier stationierten Boeing 747-400F generierte weiterhin mehr Flugbewegungen und Frachttonnage als die demnächst im zehnten Jahr beheimatete Aeroflot Cargo mit drei stationierten MD11F. Im November 2010 konnte der Flughafen Frankfurt-Hahn als Neukunden die Frachtfluggesellschaft Silkway Cargo aus Aserbaidschan begrüßen, die seit Jahresanfang 2011 regelmäßig ein- bis zweimal pro Woche mit Boeing 747-400F Fluggerät zwischen Baku und Hahn fliegt. Seit Mai operiert ebenfalls die Fluggesellschaft Qatar Airways Cargo mit neuem Boeing 777-200F Fluggerät zwischen Doha und Hahn, mit zwei Frequenzen pro Woche. Diese wurden aus Frankfurt an den Hahn verlagert. Etihad Crystal Cargo fliegt weiterhin sehr stabil mit nun im Schnitt vier bis fünf Umläufen pro Woche mit dem eingesetzten Airbus A330-200F. Neu hinzugekommen sind seit der Winterflugplanperiode im November 2011 ebenso zwei wöchentliche Flüge der Frachtfluggesellschaft AirBridgeCargo.

Im weiteren Ausblick für das Jahr 2012 ist im Passagesegment trotz der Ankündigung von weiteren Zielen nur ein kleines Wachstum im Aufkommen zu erwarten. Dies hängt einerseits damit zusammen, dass der aktuelle, stark reduzierte Winterflugplan noch bis Ende März gültig ist. Somit sind drei volle Monate mit nur je etwa 150.000 bis 175.000 Passagieren zu erwarten. In 2011 waren dies nur die Monate November und Dezember. Im Vergleich hierzu werden im Sommer monatlich 300.000 bis 400.000 Passagiere gezählt. Die neuen, für den Sommer 2012 angekündigten Flugziele werden lediglich ein bis zwei Mal pro Woche angeboten. Ryanair wird bei neun stationierten Flugzeugen sieben neue Ziele auflegen. Wizzair ist mit einem zusätzlichen Ziel vertreten. Neu und ein entsprechend erfreulicher Akquisitionserfolg ist die Flugbetriebsaufnahme der Ferienfluggesellschaft Sunexpress, welche in der Sommersaison über neun Wochen hinweg eine Verbindung nach Izmir in die Türkei anbietet, Anschlussgeschäfte erscheinen hier realistisch. Wir erreichen damit mit 59 Destinationen ein neues Rekordniveau. Eine Entscheidung oder auch eine eindeutige Tendenz des Bundesverwaltungsgerichtes im März bezüglich der Nachtflugmöglichkeiten in Frankfurt könnte weitere Möglichkeiten für den Hahn eröffnen. Es ist davon auszugehen, dass am Standort in 2012 erstmals mehr Verkehrseinheiten Luftfracht als Passagiere geflogen werden.

Branchenentwicklung

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) geht im Vergleich zum Vorjahr in ihrer Verkehrsprognose für das Jahr 2012, bedingt durch die in diesem Jahr deutlich schwierigeren Rahmenbedingungen, von einem abgeschwächten Wachstum im Passagierbereich aus. Das bundesweite Wachstum des Passagieraufkommens wird mit 2,6 % angenommen. Hierbei bleibt die Luftverkehrssteuer ein entscheidender Belastungsfaktor für die Flughäfen. Neben der Luftverkehrssteuer wird die deutliche Konjunkturertrübung in europäischen Nachbarstaaten zu einer Drosselung des Passagieraufkommens beitragen, da die Luftverkehrsentwicklung in erheblichem Maße auch von der wirtschaftlichen Dynamik in anderen Staaten und Regionen abhängig ist. Zudem stellen die historisch hohen Öl- und Kerosinpreise eine starke Belastung für die Fluggesellschaften und den Luftverkehr dar und wirken sich ebenfalls mindernd auf das bundesweite Passagierwachstum aus.

Nach der Prognose der ADV werden im Jahr 2012 erstmals mehr als 200 Millionen ein- und aussteigende Fluggäste an den deutschen Flughäfen erwartet.

Nach der anerkannten Boeing-Studie werden die Wachstumsraten der Passagierzahlen und der Frachttonnage langfristig weit über dem Wirtschaftswachstum bei über 5 % liegen. Selbst die deutsche Ausfuhr per Luftfracht (ohne Transit) wird erwartungsgemäß dauerhaft um 6 % per annum steigen. Mit durchschnittlich 5,9 % Wachstum bei den Frachtverkehren trotz eines durchschnittlichen Wachstums von 7 % in den vergangenen Jahren mit Wirtschaftskrise wird hier eher vorsichtig prognostiziert.

Auch in der Fracht geht die Branche von einem eher schwierigen Jahr 2012 aus. Gerade die Kerosinpreisentwicklung muss sehr kritisch beobachtet werden, beinhaltet jedoch ebenso Chancen wie Risiken, wie die Entwicklung der Frachtmengen von und nach Asien. Die Frachtraten werden weit unter denen des Jahres 2010 jedoch über 2011 erwartet.

Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 10,6 Mio. (Vj. EUR 10,9 Mio.) und damit trotz Luftverkehrssteuer leicht besser als im Vorjahr ab. Der in 2010 entstandene Verlust wurde mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Ein Beschluss über die Ergebnisverwendung des Jahres 2011 wurde durch die Gesellschafter zum Bilanzstichtag noch nicht gefasst.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR 0,5 Mio. auf EUR 43,7 Mio. gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,2 %. Die Steigerung wurde im Bereich Aviation (EUR 0,4 Mio.) und bei den Sonstigen Erlösen (EUR 0,1 Mio.) erzielt, während Non-Aviation auf Vorjahresniveau lag.

Bei den übrigen Erträgen (EUR 9,2 Mio.) hat sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 14,6 Mio.) der Wegfall der Erträge aus dem zum 31.12.10 durch die EGH Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH gekündigten Optionsvertrag mit EUR 3,4 Mio. negativ ausgewirkt. Weiterhin hat sich der Landeszuschuss für Sicherheitskosten (EUR 5,3 Mio., Vj. 6,7 Mio.) verringert. Die in 2010 ausgewiesenen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (EUR 1,4 Mio.) zeigten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf gleichem Niveau, während sich die im Vorjahr (EUR 0,5 Mio.) enthaltenen Erträge aus Anlagenabgängen um rund EUR 0,3 Mio. auf EUR 0,2 Mio. verringert haben. Weiterhin haben sich die im Vorjahr ausgewiesenen periodenfremden Erträge (EUR 0,4 Mio.) um EUR 0,3 Mio. verringert.

Die Gesamtleistung (Umsatzerlöse und Erträge) lag aus diesen Gründen mit EUR 53,0 Mio. um EUR 4,8 Mio. unter dem Vorjahrswert (EUR 57,8 Mio.).

Der Materialaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr (EUR 27,7 Mio.) um EUR 7,6 Mio. auf EUR 20,1 Mio. reduziert werden. Die Reduzierung betrifft mit EUR 4,2 Mio. die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie mit EUR 3,4 Mio. die Aufwendungen für bezogene Leistungen. Die Minderaufwendungen sind im Wesentlichen bei den Flächen- und Flugzeugenteisungsmitteln (EUR 3,6 Mio.) durch den milden Winter sowie bei den Materialeinkäufen bei den Hilfs- und Betriebsstoffen (EUR 0,5 Mio.) entstanden. Bei den bezogenen Leistungen ergeben sich die Minderaufwendungen mit EUR 1,4 Mio. aus geringeren Aufwendungen für den Winterdienst und die Entsorgung von enteisungsmittelhaltigen Abwässern und mit EUR 1,2 Mio. aus dem geringeren Bezug von Dienstleistungen für die Passagierabfertigung. Weiterhin haben sich die mit EUR 0,5 Mio. niedrigeren Instandhaltungsaufwendungen und die mit EUR 0,3 Mio. geringeren Aufwendungen für Fremdpersonal (unmittelbare Auswirkungen des Optimierungsprogramms „Fokus 2011“) kostensenkend ausgewirkt.

Die Personalaufwendungen haben sich bedingt durch Neueinstellungen und Tarifdrift sowie durch Auswirkungen der Tarifabschlüsse und durch Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen um EUR 0,3 Mio. auf EUR 18,2 Mio. erhöht. Zusammen mit den rückläufigen Fremdpersonalaufwendungen haben sich die Gesamtpersonalkosten damit erstmals seit Jahren nicht erhöht.

In den Abschreibungen von EUR 13,3 Mio. (Vj. EUR 11,8 Mio.) sind planmäßige Abschreibungen von EUR 12,9 Mio. (Vj. EUR 11,6 Mio.) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um EUR 1,3 Mio. auf EUR 6,8 Mio. (Vj. 8,0 Mio.) gefallen. Die geringeren Aufwendungen betreffen die Sonstigen Personalaufwendungen (EUR 0,2 Mio.), die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (EUR 0,5 Mio.), die Aufwendungen für die Kommunikation (EUR 0,4 Mio.) und die Sonstigen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EUR 0,3 Mio.), denen Mehraufwendungen von (EUR 0,2 Mio.) bei den Aufwendungen für Beiträge, Wertkorrekturen und Sonstigem gegenüberstehen. Auch diese gehen im Wesentlichen auf das Programm „Fokus 2011“ zurück.

Das EBITDA („operatives Ergebnis“) hat sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 4,3 Mio.) um EUR 3,7 Mio. auf EUR 8,0 Mio. deutlich verbessert.

Der Jahresfehlbetrag war trotz des weiterhin negativen Finanzergebnisses von EUR -5,1 Mio. (Vj. EUR -2,8 Mio.) mit EUR 10,6 Mio. (Vj. EUR 10,9 Mio.) um EUR 0,3 Mio. geringer als ein Jahr zuvor. Hierbei ist auch das Ergebnis aus Steuern mit Euro 0,2 Mio. (Vj. EUR 0,2 Mio.) berücksichtigt.

Finanzlage

Die Liquidität ist grundsätzlich durch die Teilnahme der Gesellschaft am Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz gesichert. Die Gesellschaft verfügt hier über einen Kreditrahmen von EUR 45 Mio. Euro, welcher am Stichtag mit EUR 37,0 Mio. in Anspruch genommen war. Im Geschäftsjahr wurden zwei neue Darlehen bei Kreditinstituten in Höhe von insgesamt EUR 7,0 Mio. aufgenommen.

In 2011 führte der Saldo aus (netto) Mittelzuflüssen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 1,9 Mio. und aus (netto) Mittelzuflüssen im Zusammenhang mit der Finanzierungstätigkeit in Höhe von EUR 0,5 Mio. sowie aus (netto) Mittelabflüssen aus Investitionstätigkeit (EUR 2,3 Mio.) insgesamt zu einem positiven Cashflow von EUR 0,1 Mio. Somit erhöhte sich der Finanzmittelfonds (Bankguthaben sowie Kassenbestand) auf EUR 0,5 Mio.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH nach Tilgung von 10% der fälligen Tilgungsraten zum 30. Juni bzw. 30. Dezember 2011 eine Stundung der zu diesen Terminen fälligen Tilgungsleistungen in Höhe von EUR 7,4 Mio. Zunächst bis zum 30. Juni 2012 vereinbart.

Für die in 2004 durchgeführten Darlehensaufnahmen in Höhe von EUR 18 Mio. bei der IKB wurde zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Payer-Swap abgeschlossen. In gleicher Weise wurden im Geschäftsjahr 2005 zwei zum Stichtag endfällige Darlehen in Höhe von jeweils EUR 20 Mio. (NASPA/KfW) mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2014 prolongiert und zinsgesichert. Das Darlehen von EUR 20 Mio. bei der KfW wurde im Rahmen der Neustrukturierung im Jahr 2009 durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH übernommen.

Die Marktwerte der Swaps wurden entsprechend der Marktbewertungsmethoden durch die Kreditinstitute ermittelt und belaufen sich wie im Vorjahr aktuell auf EUR -3,2 Mio. für die drei Darlehen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich um EUR 5,3 Mio. auf 196,6 Mio. erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf der Aktivseite durch die Erhöhung des Anlagevermögens (EUR 3,7 Mio.) und des Umlaufvermögens (EUR 1,5 Mio.) zurückzuführen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben um EUR 2,1 Mio. auf EUR 9,0 Mio. zugenommen, während sich die Sonstigen Vermögensgegenstände um EUR 0,8 Mio. reduziert haben. Der Bestand an Vorräten hat sich gegenüber dem Vorjahr (EUR 1,1 Mio.) um EUR 0,1 Mio., der Bestand an Flüssigen Mitteln (also Kassenbestände und Bankguthaben) hat sich um EUR 0,1 Mio. auf EUR 0,5 Mio. erhöht.

Die Sachanlagen betragen EUR 174,2 Mio. und sind zu 25,3 % (Vj. 32,1 %) durch Eigenkapital gedeckt.

In Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von EUR 18,1 Mio. getätigt.

Die Eigenkapitalquote liegt aktuell bei 22,4 % und damit um 6,2 % unter dem Vorjahr (28,6 %).

Auf der Passivseite erhöhten sich die Verbindlichkeiten um EUR 14,4 Mio. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten um EUR 16 Mio. zurückzuführen. Davon stammen EUR 12,1 Mio. aus dem Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums einer Flugzeugwartungshalle (Neubau Ryanair) und EUR 3,0 Mio. betreffen erhaltene Anzahlungen aus einem Grundstücksverkauf. Weiterhin hat sich der Passive Rechnungsabgrenzungsposten um EUR 2,9 Mio. erhöht, was im Wesentlichen auf eine Mietvorauszahlung zurückzuführen ist. Gleichzeitig haben sich der Sonderposten für Investitionszuschüsse um EUR 0,9 Mio. verringert und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um EUR 0,5 Mio. erhöht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag 372 (Vj. 363) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Organe, Auszubildende, Praktikanten und Aushilfen). Zum Bilanzstichtag beschäftigte die Gesellschaft einen Praktikanten (Vj. zwei). Weiterhin befanden sich zum 31. Dezember 2011 zwölf Nachwuchskräfte (Vj. sieben) in Ausbildung.

Darüber hinaus betreute die Gesellschaft zum Stichtag in Kooperation mit der Fraport AG drei Auszubildende zum/zur Luftverkehrskauffrau/-mann, die im Januar 2012 ihre Prüfung abgelegt haben.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Kooperationen zwischen der Gesellschaft und Schulen bzw. Fachhochschulen wurde ein weiterer Kooperationsvertrag mit der Internationalen Fachhochschule Bad Honnef-Bonn für den Studiengang „International Aviation Management“ unterzeichnet. Die FH Bad Honnef ist eine private Hochschule, an der die Vorlesungen ausschließlich in englischer Sprache stattfinden.

Investitionen

Die Investitionen im Geschäftsjahr lagen insgesamt bei EUR 18,4 Mio. und liegen damit um EUR 2,9 Mio. über dem Vorjahr. Der Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums an einer Flugzeugwartungshalle wirkte sich mit EUR 11,9 Mio. aus. Von den übrigen Investitionen von EUR 6,5 Mio. betreffen bei den Immateriellen Vermögensgegenständen mit EUR 0,2 Mio. die Einleitungsrechte für die Kläranlage Kyrbachtal. Beim Grund und Boden betreffen EUR 0,3 Mio. den Kauf eines Grundstücks sowie EUR 0,3 Mio. die Erschließung des Grundstücks für die neue Wartungshalle. Bei den Technischen Anlagen entfallen die Zugänge im Wesentlichen auf die Erweiterung des Tanklagers mit EUR 0,7 Mio. und mit EUR 0,5 Mio. auf die Startbahnverlängerung. Die Zugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen im Wesentlichen Flugzeugabfertigungsgeräte (EUR 0,5 Mio.). In den Anlagen im Bau (EUR 3,0 Mio.) sind Investitionen in die Rollwege (EUR 0,8 Mio.) und in flugsicherungstechnische Anlagen (EUR 0,6 Mio.) enthalten. Weiterhin sind für Investitionen in Regenrückhaltebecken und Speicherbecken für enteisungsmittelhaltige Abwässer EUR 0,3 Mio. enthalten.

Umweltschutz

Im Geschäftsjahr 2011 wurde das große Speicherbecken für Enteisungsabwasser mit einem Inhalt von 100.000 m³ geplant und behördlich genehmigt. Zur Gefahrenabwehr im Bereich der Enteisungsabwasserseparierung wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet und kleinere bauliche Ergänzungen umgesetzt. So wurde u. a. ein provisorischer Schneelagerplatz fertig gestellt und die Rampe 5 an die Separierungsanlagen angeschlossen.

Nachtragsbericht

1. Klageverfahren Deutsche Lufthansa AG ./ . Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH

Im Lagebericht zum Jahresabschluss 2010 hatten wir berichtet, dass das Oberlandesgericht Koblenz, nachdem der Rechtsstreit vom Bundesgerichtshof zurückverwiesen worden war, zu prüfen und zu entscheiden habe, ob überhaupt in dem Marketing Support, den Ryanair in den Jahren 2002 bis 2005 erhalten hat, europarechtlich verbotene Beihilfen vorliegen. Nach unserer Auffassung sprach viel dafür, dass das Oberlandesgericht seine bereits geäußerte und ausführlich begründete Rechtsansicht beibehält und das Vorliegen staatlicher Beihilfen ablehnt. Wir hatten allerdings auch darauf hingewiesen, dass das Gericht nicht an die seinerzeitig geäußerte Rechtsansicht gebunden sei.

Zwischenzeitlich hat das Oberlandesgericht Koblenz einer Anregung des Bundesgerichtshofs folgend eine Stellungnahme der Europäischen Kommission zu der Frage eingeholt, ob die in Rede stehenden Maßnahmen Beihilfen sind, die nach Art. 108 Abs. 3 S. 3 AEUV vor einer abschließenden Entscheidung der Kommission über ihre Vereinbarung mit dem Gemeinsamen Markt nicht durchgeführt werden durften. Außerdem hat das Oberlandesgericht die Kommission um Auskunft gebeten, wann mit einer abschließenden Entscheidung im dortigen Verfahren zu rechnen sei. Nach einem Hinweis des Gerichts erfolgt weiteres Vorgehen nach Eingang einer Stellungnahme der Europäischen Kommission von Amts wegen.

Es zeichnet sich ab, dass das Oberlandesgericht dem Rechtsstreit erst Fortgang geben und ihn erst entscheiden wird, wenn die Stellungnahme der Kommission vorliegt. Nach Ziffer 94 der Durchsetzungsbekanntmachung der Europäischen Kommission sollen Ersuchen um Stellungnahme der Kommission so rasch wie möglich bearbeitet werden. Eine Stellungnahme solle innerhalb von vier

Monaten nach Eingang des Ersuchens vom 04. Januar 2012 übermittelt werden. Verbindlich ist diese Frist allerdings nicht, so dass zurzeit nicht gesagt werden kann, wann die Stellungnahme der Kommission vorliegt.

Da die streitgegenständlichen möglichen Beihilfen auch Gegenstand des in nachstehender Ziffer 2 genannten EU-Verfahren sind, ist davon auszugehen, dass die Stellungnahme der EU-Kommission mit einer Entscheidung im EU-Verfahren einhergeht. Wann dieses Verfahren entschieden wird, ist allerdings vollkommen offen. Siehe dazu nachstehende Ziffer 2.

2. EU-Verfahren I

Die Eröffnungsentscheidung der Europäischen Union vom 17. Juni 2008 wurde bekanntlich bereits am darauffolgenden Tag der Bundesrepublik Deutschland zugestellt und am 17. Januar 2009 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat in dem Verfahren mehrfach, zuletzt am 30. Juni 2009 ausführlich Stellung genommen. Nach der letztgenannten Stellungnahme ist im Verfahren nichts mehr geschehen, insbesondere hat sich die EU-Kommission in der Sache bis heute nicht geäußert.

Wir gehen allerdings nach wie vor davon aus, dass die EU-Kommission feststellen wird, dass es sich bei den angegriffenen Maßnahmen nicht um unzulässige staatliche Beihilfen handelt, da alle Maßnahmen einem so genannten Private Investor Test unterzogen wurden und dieser positiv ausgefallen ist. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes liegt eine Begünstigung seitens des Staates nicht vor, wenn ein Privater Investor in einer vergleichbaren Situation ebenso gehandelt hätte.

Im Übrigen hat die Bundesrepublik Deutschland aus unserer Sicht zutreffend dargelegt, dass die Tatbestandsmerkmale einer unzulässigen staatlichen Beihilfe nicht sämtlich erfüllt sind und auch aus diesem Grunde keine unzulässigen Beihilfen vorliegen.

3. EU-Verfahren II

Die Deutsche Lufthansa AG hatte im vorgenannten Verfahren mit Schriftsatz vom 4. März 2011 gerügt, dass vermeintlich weitere unzulässige staatliche Beihilfen an Ryanair gewährt würden. Die Bundesrepublik Deutschland hatte zunächst auf die Beschwerde hin einen umfangreichen Fragenkatalog der Europäischen Kommission beantwortet. Die Europäische Kommission hatte daraufhin mit Schreiben vom 13. Juli 2011 der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt, dass sie beschlossen habe, das Verfahren nach Artikel 108 Abs. 2 AEUV einzuleiten. Gegenstand des Verfahrens ist die Finanzierung der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH seit 2009, insbesondere die im Rahmen des Liquiditätspools des Landes Rheinland-Pfalz gewährte Kreditlinie sowie die Umschuldung von FFHG-Darlehen durch die Investitions- und Strukturbank des Landes Rheinland-Pfalz und damit verbundene Garantien des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 31. August 2011 Stellung genommen. Sie hat bislang im Wesentlichen vorgetragen, dass der FFHG durch die Inanspruchnahme des Liquiditätspools kein wirtschaftlicher Vorteil entstanden sei und dass sich das Land Rheinland-Pfalz bei dem Anschluss der FFHG an den Liquiditätspool wie ein marktwirtschaftlich handelnder Kapitalgeber verhalten hat. Zur Umschuldung durch die Inanspruchnahme von ISB-Darlehen wurde ebenfalls vorgetragen, dass diese keine Gewährung eines wirtschaftlichen Vorteils darstellen, die Darlehen den Vorgaben der Mitteilung über Referenzsätze entsprechen und die FFHG für die Garantie des Landes Rheinland-Pfalz eine marktgerechte Bürgschaftsgebühr zahlt.

Zurzeit liegt ein weiterer Fragenkatalog der EU-Kommission vom 22. Dezember 2011 zur Beantwortung vor.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der von der EGH Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH angestrebte Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Weiterentwicklung der landseitigen Grundstücksflächen konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erreicht werden; dieser wird nun für 2012 angestrebt und könnte die Entwicklung insbesondere für frachtaffine Immobilien stark fördern.

Da sich die Passagierzahl, wie erwartet, in 2011 bedingt durch die Luftverkehrssteuer reduziert hat, gehen wir im aktuellen Geschäftsjahr von einer Stabilisierung auf diesem Niveau aus mit der Tendenz eines leichten Anstiegs in den Folgejahren.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die in den vergangenen Jahren gestiegenen Personalkosten im aktuellen Geschäftsjahr leicht abgesenkt werden können. Es ist eine auf zwei Jahre begrenzte Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als letzte, aber entscheidende Interessengruppe bei der Kostensenkung zur Erreichung der Gewinnlinie, abgebildet im Projekt „finish 2014“, in Höhe von 3 % der Gesamtpersonalkosten geplant. Erste Sondierungsgespräche hierzu haben mit den Arbeitnehmervertretern stattgefunden.

Für das Frachtgeschäft wird erwartet, dass sich der positive Trend aus 2011 bedingt durch das Wachstum der am Standort ansässigen Frachtfluggesellschaften fortsetzt und sich zusätzlich, durch die Möglichkeit der Akquisition von Ausweichverkehren aus Frankfurt, neues Wachstumspotential erreichen lässt. Insbesondere die Beteiligung von AirBridgeCargo an der AirCargo Germany lässt hohe Synergien und Marktpotential erkennen. Diese Entwicklungsmöglichkeiten basieren wesentlich auf der bestehenden 24-Stunden Genehmigung und der verlängerten Start- und Landebahn. Dennoch bestehen auch hier Wettbewerbsangebote.

Ein rechtliches Risiko besteht in den laufenden Verfahren vor der EU-Kommission bezüglich der Rückforderung eventueller „Beihilfen“ (siehe „Nachtragsbericht“ oben).

Der Tätigkeitsabschluss nach § 6b Abs. 3 EnWG betrifft unsere Flughafenenergieanlagen. Das EnWG verpflichtet Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung gemäß der §§ 6 ff. EnWG. Wir sind der Auffassung, dass wir weder ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne von § 3 Nr. 38 EnWG noch ein Energieversorgungsunternehmen nach § 3 Nr. 18 HS. 1 EnWG, sondern eine Kundenanlage nach § 3 Nr. 24 a EnWG betreiben. Die Verträge mit unseren Kunden erfüllen bereits schon jetzt in ganz überwiegendem Maß das Kriterium der unentgeltlichen zur Verfügungsstellung des Energieanlagenbestandes, die wenigen abweichenden Fälle, in welchen bislang ein Netzentgelt kalkuliert wurde, stehen nach unserer Auffassung ebenfalls im Einklang mit dem Wortlaut des Gesetzesbegründung des 2011 novellierten EnWG. Diese Verträge werden zeitnah angepasst und es wird auf eine strommengenabhängige Netzentgeltkalkulation verzichtet, so dass die Voraussetzungen für eine Kundenanlage künftig zweifelsfrei gegeben sind. Bis die Voraussetzungen für die Anerkennung unseres Energieversorgungsnetzes zweifelsfrei feststehen, haben wir dennoch eine Entflechtung der internen Rechnungslegung vorgenommen und dem Anhang zum Jahresabschluss beigefügt. Dies ändert nichts an unserer Einschätzung, dass wir seit dem Inkrafttreten des neuen EnWG im August 2011 über eine Kundenanlage verfügen. Mit Schreiben vom 05. September 2011 haben wir bei der Landesregulierungsbehörde einen entsprechenden

Antrag gestellt. Wir gehen daher davon aus, dass ab dem Jahr 2012 kein Unbundling-Abschluss mehr zu erstellen ist.

Nach wie vor besteht, trotz des sich verbessernden konjunkturellen Umfeldes, das Risiko, möglicher Insolvenzen von Kunden (Airlines, Mietern, Erbbaurechtsnehmern), was zu Forderungsausfällen führen kann. Konkrete Anzeichen für bedeutende Ausfälle liegen aktuell jedoch nicht vor.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die Gesellschaft nach dem sehr schwachen ersten Quartal (Fracht wie Passage) mit dem nun renovierten Terminal und einer Rekordanzahl an Flugzielen und Zielländern sowie der leicht abgesenkten Luftverkehrssteuer erstmals eine mindestens gleichbleibende Zahl an Passagieren. Ein deutlicher Schritt bereits aus dieser Talsohle heraus könnte dann erreicht werden, wenn die Evaluierung der Luftverkehrssteuer im Sommer dieses Jahres die dadurch verursachten negativen volkswirtschaftlichen Effekte aufzuzeigen vermag und diese Steuer damit auf null gesetzt würde. Im Frachtbereich erwartet die Geschäftsführung gerade durch ein Wiedererstarken der AirCargoGermany mit ihrem neuen strategischen Partner, aber auch durch anhaltende Nachtflugeinschränkungen in Frankfurt eine Zunahme des Verkehrs über dem Marktniveau; es werden weiterhin Marktanteile hinzugewonnen. Möglicherweise kann die Gesellschaft in der Rangfolge der deutschen Flughäfen nach Tonnage einen Rang auf Platz vier aufsteigen.

Ein Hauptaugenmerk wird bei alleine etwa EUR 12 Mio. an geplanten Investitionen der Liquidität zu widmen sein. Bestandsgefährdende Risiken sind hier jedoch nicht erkennbar.

Im März 2012 haben wir mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH eine weitere Vereinbarung abgeschlossen, nach der nach Tilgung von 10 % der fälligen Tilgungsraten zum 30. Juni. bzw. 30. Dezember 2012 eine verzinsliche Stundung der zu diesen Terminen fälligen verbleibenden Tilgungsleistungen von EUR 12,7 Mio. bis zum 30. März 2013 vereinbart worden.

Mit der Realisierung der planerisch ausgewiesenen Werte wäre ein sehr wesentlicher Schritt hin zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität der Gesellschaft erreicht. Weitere strategische Entscheidungen und Vorarbeiten sind und werden dazu, gemeinsam mit den Eigentümern, angestoßen. Die Trennung von Betrieb und Infrastruktur, wie es stark überwiegend im Wettbewerb üblich ist, sowie die Hebung stiller Reserven sind in der Mittelfristplanung enthalten. Die Trennung von Betrieb und Infrastruktur bedarf jedoch noch der Zustimmung von Aufsichtsrat und den Gesellschaftern sowie entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem vorgesehenen neuen Eigentümer der Infrastruktur. Die Trennung von der anlageintensiven Infrastruktur würde eine Entlastung der Gesellschaft auch bei den bestehenden finanziellen Verpflichtungen mit sich bringen, dafür jedoch stünden marktübliche Pachtzahlungen an. Danach rechnen wir ab dem Jahr 2013 mit positiven Jahresergebnissen.

Der Fortbestand unserer Gesellschaft ist aus heutiger Sicht, sofern die Trennung von Betrieb und Infrastruktur nicht erfolgen sollte, nach dem 30. März 2013 nur möglich, wenn weitere Maßnahmen der Gesellschafter und Gläubiger ergriffen werden.

Lautzenhausen, 12. März 2012

Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)

Wolfgang Pollety, Geschäftsführer

Bilanz

Aktiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.608.736,00	5.691.736,00
II. Sachanlagen	174.222.286,09	170.392.809,67
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	179.831.022,09	176.084.545,67
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.239.916,86	1.119.481,70
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.816.033,29	13.500.377,62
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	486.046,92	406.050,24
	16.541.997,07	15.025.909,56
C. Rechnungsabgrenzungsposten	248.763,25	224.357,64
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	21.030,14	15.143,26
	196.642.812,55	191.349.956,13

Passiva

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000.000,00	50.000.000,00
II. Kapitalrücklage	4.680.493,39	15.536.184,91
III. Andere Gewinnrücklagen	32.820,86	32.820,86
IV. Jahresfehlbetrag	-10.626.142,25	-10.855.691,52
	44.087.172,00	54.713.314,25

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.870.663,81	4.764.999,14
C. Rückstellungen	7.482.553,84	7.902.628,93
D. Verbindlichkeiten	138.125.475,15	123.744.797,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.076.947,75	224.216,81
	196.642.812,55	191.349.956,13

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 EUR	2010 EUR
1. Umsatzerlöse	43.738.380,98	43.201.582,08
2. Bestandsveränderung	-80.000,00	80.000,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	191.730,92	246.411,27
4. Sonstige betriebliche Erträge	9.122.262,51	14.308.142,38
	52.972.374,41	57.836.135,73
5. Materialaufwand	20.017.989,85	27.650.174,14
6. Personalaufwand	18.228.234,22	17.893.603,87
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.297.308,64	11.827.194,24
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.760.915,65	8.029.398,82
9. Finanzergebnis	-5.063.043,01	-2.778.062,94
	63.367.491,37	68.178.434,01
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10.395.116,96	-10.342.298,28
11. Ausserordentliches Ergebnis	0,00	-272.547,17
12. Sonstige Steuern	-231.025,29	-240.846,07
13. Jahresfehlbetrag	-10.626.142,25	-10.855.691,52

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

(1) Vorbemerkungen

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind gesetzlich vorgegebene Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Soweit Angaben wahlweise im Anhang oder in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen können, erfolgen sie im Anhang. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewandt.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr beibehalten worden.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über eine Nutzungsdauer zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Das Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB zur Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände wird nicht ausgeübt.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um nutzungsbedingte planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten sowie angemessene Gemeinkostenanteile. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear "pro rata temporis". Geringwertige Anlagegüter im Einzelwert bis EUR 150,00 werden sofort abgeschrieben, solche Anlagegüter, deren Wert EUR 150,00 aber nicht EUR 1.000,00 übersteigt, werden aus Vereinfachungsgründen im Zugangsjahr zusammengefasst und pauschal über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet; sie sind vollständig abgeschrieben, da der Grund für die Abschreibung der Ausleihung weiterhin besteht.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, sind gem. § 246 Abs 2 S.2 HGB mit diesen Schulden verrechnet.

Das Saldierungsgebot gilt auch für korrespondierende Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung der Schulden und aus der Bewertung dieser Vermögensgegenstände. Die zur Saldierung herangezogenen Vermögensgegenstände werden gemäß § 253 Abs. 1 S.4 HGB vollständig zum beizulegenden Zeitwert auf der Basis von Marktwerten am Bilanzstichtag bewertet. Für die mit den Vermögensgegenständen verbundenen Verpflichtungen ist der § 253 Abs. 1 S.3 HGB einschlägig.

Bei der Flughafen Frankfurt Hahn GmbH wird das Planvermögen, das der Erfüllung von Schulden aus Altersteilzeitverpflichtungen (Rückdeckungsversicherung) dient, mit der entsprechenden Altersteilzeitverpflichtung verrechnet. Saldiert werden auch die korrespondierenden Aufwendungen und Erträge aus der Aufzinsung der Altersteilzeitverpflichtungen und aus der Bewertung des Planvermögens. Die Altersteilzeitverpflichtungen werden zum Wert des garantierten Mindestverpflichtungsumfangs angesetzt.

Der Zeitwert des Deckungsvermögens entsprach dessen Anschaffungskosten zum Bilanzstichtag.

Die Flughafen Frankfurt Hahn GmbH hat darüber hinaus langfristig fällige Verpflichtungen aus Wertguthaben für Lebensarbeitszeitkonten. Diese werden gem. § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit der hierfür abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung verrechnet. Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen werden im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, Erträge und Aufwendungen aus der Ab-/ Aufzinsung werden gesondert im Zinsergebnis ausgewiesen. Beim Deckungsvermögen war keine Anpassung vorzunehmen, da der Zeitwert auch hier den Anschaffungskosten entspricht. Da zum 31. Dezember 2011 das Deckungsvermögen von TEUR 97 die Rückstellung von TEUR 76 übersteigt ergab sich der in der Bilanz ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung von TEUR 21.

Die Bewertung der **Vorräte** (Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie nicht abgerechnete Leistungen) erfolgt zu den durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. zu den letzten niedrigeren Einstandspreisen. Risiken in den Beständen, die sich aus eingeschränkter Verwendbarkeit, langer Lagerdauer, Preisänderungen am Beschaffungsmarkt oder sonstigen Wertminderungen ergeben, sind durch Abwertungen berücksichtigt.

Forderungen und **Sonstige Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert angesetzt. Allen erkennbaren Risiken wird durch ausreichende Wertberichtigung Rechnung getragen. Für das allgemeine Kreditrisiko besteht eine 2%-ige Pauschalwertberichtigung.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Pensionsrückstellungen** werden nach der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit-Methode) mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,14 % p.a.. Im Vorjahr wurde ein Rechnungszinssatz von 5,16 % p.a. zu Grunde gelegt. Für die biometrischen und ökonomischen Annahmen über Sterblichkeit, Verheiraturwahrscheinlichkeit und der Invalidisierungswahrscheinlichkeit wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Hierbei wurde von einem Gehaltstrend von 2,0 % p.a. und einem Rententrend von 1,0 % p.a. ausgegangen. Planvermögen ist zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** wird nach versicherungsmathematischen Gutachten in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von zwei Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,80 % p.a.. Im Vorjahr wurde ein Rechnungszinssatz von 3,91 % p.a. verwendet. Bei der Bewertung wird ein jährlicher Gehaltstrend von 2,5% angenommen. Dabei wurden die Heubeck Richttafeln 2005 G zugrunde gelegt. Gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde das am Bilanzstichtag bestehende Deckungsvermögen in Form einer Rückdeckungsversicherung in Höhe von TEUR 72 mit dem Verpflichtungsbetrag von TEUR 86 saldiert. Die Anschaffungskosten des Vermögensgegenstandes belaufen sich auf TEUR 72.

Die **Steuerrückstellungen** und die **sonstigen Rückstellungen** tragen allen erkennbaren bilanzierungspflichtigen Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung. Sie sind, soweit sie eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben, in Höhe des voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrages, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre entsprechend ihrer jeweiligen Restlaufzeit abgezinst. Künftige Preis- und Kostensteigerungen sind mit berücksichtigt. Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen werden im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, Erträge und Aufwendungen aus der Ab-/ Aufzinsung werden gesondert im Zinsergebnis ausgewiesen.

Von dem Beibehaltungswahlrecht der **Aufwandsrückstellungen** nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB wurde Gebrauch gemacht, es besteht eine Überdeckung von TEUR 289 (i. VJ. TEUR 294)

Die **Verbindlichkeiten** sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeit aus dem Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums an einer Flugzeugwartungshalle wurde mit ihrem Barwert angesetzt, da es sich hierbei um eine Rentenschuld handelt.

Aufgrund der Ausübung des Wahlrechts in § 274 Abs. 1 HGB werden die aktiven latenten Steuern nicht bilanziert. Für die Körperschaftsteuer wurde ein Steuersatz von 15,0 %, für den Solidaritätszuschlag von 0,83 % und für die Gewerbesteuer von 12,6 % angesetzt.

Fremdwährungsforderungen bzw. Fremdwährungsverbindlichkeiten in Fremdwährung werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

(3) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

(4) Vorräte

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
Hilfs- und Betriebsstoffe	1.239.916,86	1.039.481,70
Unfertige Leistungen	0,00	80.000,00
	1.239.916,86	1.119.481,70

Die Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten im Wesentlichen Enteisungsmittel, Werkstattmaterial und Heizöl. Die unfertigen Leistungen im Vorjahr betrafen noch nicht abgerechnete Versorgungsleistungen.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.036.849,96	6.926.636,66
Sonstige Vermögensgegenstände	5.779.183,33	6.573.740,96
(davon Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz)	(5.621.369,97)	(5.909.184,11)
	14.816.033,29	13.500.377,62

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen den Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz in Höhe von TEUR 5.621 (i. Vj. TEUR 5.909). Sie betreffen den noch zu erbringenden Verlustausgleich für die ersten zwei Monate des Geschäftsjahres 2009, von dem die ehemalige Gesellschafterin, die Fraport AG, gem. des Geschäftsanteilskaufvertrages vom 30. Januar 2009, durch das Land Rheinland-Pfalz freigestellt worden war.

Sämtliche Forderungen haben wie im Vorjahr eine Laufzeit von unter einem Jahr.

(6) Flüssige Mittel

Der Posten enthält mit TEUR 73 (i. Vj. TEUR 71) den Kassenbestand einschließlich Wechselgeld und mit TEUR 413 (i. Vj. TEUR 335) Bankguthaben.

(7) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft Kfz-Steuern, einen Kraftfahrzeug-Werbevertrag, Werbemaßnahmen, Aufwendungen für ein Abonnement sowie eine im Jahr 2005 geleistete Mietvorauszahlung, die über die Laufzeit des Mietvertrags aufgelöst wird.

(8) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der Posten betrifft den die Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten übersteigenden Zeitwert der zugehörigen Wertguthaben.

(9) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 50.000.000,00. Am Stammkapital sind das Land Rheinland-Pfalz mit 82,5 % und das Land Hessen mit 17,5 % beteiligt. Das gezeichnete Kapital ist vollständig einbezahlt.

Darüber hinaus verpflichteten sich das Land Rheinland-Pfalz und das Land Hessen gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. März 2005 EUR 22.500.000,00 in die Kapitalrücklage zu leisten. Hiervon wurden in den Jahren 2005 bis 2009 EUR 11.250.000,00 durch das Land Rheinland-Pfalz und EUR 11.250.000,00 durch das Land Hessen gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen bezüglich der Kapitalrücklage erfüllt.

Der Jahresfehlbetrag des Jahres 2009 von EUR 7.114.165,75 wurde im Jahr 2010 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 wurde gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 4. April 2011 ebenfalls mit der Kapitalrücklage verrechnet. Die Kapitalrücklage beträgt zum 31. Dezember 2011 TEUR 4.680.

Die Gewinnrücklagen betreffen ausschließlich andere Gewinnrücklagen, die im Rahmen der Umstellung auf das BilMoG entstanden sind, und weisen per 31. Dezember 2011 einen Betrag in Höhe von unverändert EUR 32.820,66 aus.

(10) Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Für die bis zum Jahr 2004 vom Land Rheinland-Pfalz gewährten Investitionszuschüsse für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen und Erschließungsmaßnahmen wurde ein Sonderposten gebildet, der entsprechend den Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst wird.

(11) Rückstellungen

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	2.024.410,00	1.607.250,00
Steuerrückstellungen	38.327,74	61.167,45
Sonstige Rückstellungen	5.419.816,10	6.234.211,48
	7.482.553,84	7.902.628,93

Die Pensionsrückstellung, die insgesamt 430 (i.Vj. 410) Anwärter und einen (i.Vj. 1) Rentempfänger betrifft, wurde im Dezember 2011 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Firma Towers Watson (Reutlingen) GmbH bewertet. Die Pensionsverpflichtung ergibt sich aus dem Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung vom 16. November 2000. Die Anwartschaften von 430 (i.Vj. 410) Anwärtern aus dem Aufbaukonto (TEUR 1.451; i.Vj. TEUR 1.201) sind in vollem Umfang unverfallbar. Sämtliche Anwartschaften auf dem Basiskonto sind zum Bilanzstichtag noch verfallbar.

Die Steuerrückstellungen betreffen eine Umsatzsteuer-Nachzahlung aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999 bis 2003 (TEUR 13), pauschale Lohnsteuer (TEUR 1; i.Vj. TEUR 23) und Ökostromsteuer (TEUR 24; i.Vj. TEUR 25).

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten:

	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR
Personalbezogene Rückstellungen		
Urlaub	279	266
Überstunden	157	141
Altersteilzeit	14	31

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Übrige	418	419
	868	857
Ausstehende Rechnungen	1.551	2.308
Altlastensanierung	1.500	1.500
Unterlassene Instandhaltung	395	827
Bewirtschaftung Parkhaus	524	249
Prozesskosten	193	234
Archivierung	98	29
Schallschutzprogramm	78	111
Übrige	213	119
	5.420	6.234

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden im Jahr 2011 mit dem Deckungsvermögen saldiert. Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung betrifft Instandhaltungsmaßnahmen, die in den ersten drei Monaten des Folgejahres nachgeholt werden. Im Jahr 2010 wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus der Bewirtschaftung des Parkhauses (P1), bedingt durch den zu erwartenden Passagierrückgang infolge der von der Bundesregierung zum 1. Januar 2010 eingeführten Luftverkehrsabgabe gebildet, die mit dem Barwert bilanziert wurde. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung von ergebnisverbessernden Maßnahmen wurde die Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag neu bewertet.

(12) Verbindlichkeiten

	31.12.2011 TEUR	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2010 TEUR
		bis zu 1 Jahr TEUR	von 1 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	118.600	40.675	75.575	2.350	118.134
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.177	3.177	0	0	5.275
Sonstige Verbindlichkeiten	16.348	4.288	93	11.967	336
(davon erhaltene Anzahlungen)	(3.000)	(3.000)	(0)	(0)	(0)
(davon gegenüber Gesellschaftern)	(710)	(710)	(0)	(0)	(0)
	138.125	48.140	75.668	14.317	123.745

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen einerseits aus der Inanspruchnahme des Liquiditätspools beim Land Rheinland-Pfalz (TEUR 37.040; i.Vj. TEUR 40.280), aber zum größten Teil aus Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH (TEUR 54.910; i.Vj. TEUR 57.854), sowie aus einem endfälligen Darlehen der Nassauischen Sparkasse (TEUR 20.000). Im Geschäftsjahr wurden zwei weitere Darlehen bei der Kreissparkasse Birkenfeld und der Volksbank Hunsrück-Nahe eG in Höhe von insgesamt TEUR 7.000, die zum Bilanzstichtag noch mit TEUR 6.650 valutieren, aufgenommen. Diese sind, wie auch die Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, vom Land Rheinland-Pfalz besichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz in Höhe von TEUR 710 (i.Vj. 0) betreffen mit TEUR 694 Bürgschaftsentgelte für die Sicherheitengestellung der oben genannten Darlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind aus dem Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums einer Flugzeugwartungshalle Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 12.051 enthalten. Davon haben TEUR 11.967 eine Restlaufzeit von über 5 Jahren. Darüber hinaus sind mit TEUR 3.000 erhaltene Anzahlungen aus dem Verkauf eines Grundstücks enthalten.

(13) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Wesentlichen eine Mietvorauszahlung für einen bis zum Jahr 2014 laufenden Gebäude-Mietvertrag. Auch wurden Vorauszahlungen für die Reservierung von Parkplätzen und für Erträge im Bereich Marketing aus Internetverlinkungen abgezinst.

(14) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen insgesamt in Höhe von TEUR 1.383 (i.Vj. 368). Diese betreffen eine Prozessbürgschaft für eine eventuell eintretende Zahlungsverpflichtung aus dem Heimfall eines Erbbaurechts.

Von den **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** betreffen TEUR 2.532 Investitionsvorhaben in Sachanlagen, TEUR 800 Verpflichtungen aus Leasingverträgen, sowie TEUR 15.000 die Anmietung des Parkhauses. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen von insgesamt TEUR 18.332 sind TEUR 3.461 innerhalb eines Jahres, TEUR 2.764 innerhalb von zwei bis fünf Jahren und TEUR 12.107 nach fünf Jahren fällig.

(15) Umsatzerlöse

	2011 EUR	2010 EUR
Aviation	26.766.025,97	26.291.737,16
Non-Aviation	16.698.545,82	16.707.199,67
Sonstige Umsätze	273.809,19	202.645,25
	43.738.380,98	43.201.582,08

(16) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat die im Rahmen der Umsetzung von Investitionsprojekten angefallenen Eigenleistungen mit ihren Herstellungskosten aktiviert.

(17) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (TEUR 894; i. Vj. TEUR 903). Ebenso sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 871 (i. Vj. TEUR 1.448) enthalten, die im Wesentlichen Buchgewinne aus Anlagenverkäufen (TEUR 152; i. Vj. TEUR 482), Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (TEUR 47; i. Vj. TEUR 130) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 526; i. Vj. TEUR 478) betreffen.

Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen EUR 357,86 (i.Vj. EUR 483,78).

Die Gesellschaft hat aus dem mit der EGH im Jahr 2009 geschlossenen Optionsvertrag im Vorjahr Erträge von TEUR 3.423 erzielt. Aufgrund dessen Kündigung zum 31.12.2010, von Seiten der EGH, entfallen diese Erträge im Berichtsjahr. Das Land Rheinland-Pfalz hat für die Sicherheitskosten des Flugbetriebs eine Förderung von TEUR 5.295 (i. Vj. TEUR 6.705) gewährt.

(18) Materialaufwand

	2011 EUR	2010 EUR
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	6.210.715,13	10.404.237,55
Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.807.274,72	17.245.936,59
	20.017.989,85	27.650.174,14

(19) Personalaufwand

	2011 EUR	2010 EUR
Löhne und Gehälter	15.064.408,11	14.812.712,96
	15.064.408,11	14.812.712,96
Soziale Abgaben	2.791.419,75	2.742.136,75
Aufwendungen für Altersversorgung	372.406,36	338.754,16
	3.163.826,11	3.080.890,91
	18.228.234,22	17.893.603,87

(20) Abschreibungen

Die Abschreibungen von TEUR 13.297 (i. Vj. TEUR 11.827) sind im Anlagenspiegel auf die einzelnen Bilanzposten aufgeteilt. Sie enthalten mit TEUR 12.904 (i. Vj. TEUR 11.572) planmäßige Abschreibungen und mit TEUR 393 (i. Vj. 255) außerplanmäßige Abschreibungen, die verlorene Planungskosten betreffen.

(21) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen:

	31.12.2011 TEUR	31.12.2010 TEUR
Leasingaufwand, Mieten und Pachten	1.748	2.165
Werbung	1.209	1.465
Datenverarbeitung, Telekommunikation und Internet	1.001	1.146
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	636	696
Versicherungen und Beiträge	763	703
Personalnebenkosten	265	512
Entsorgungskosten	205	216
Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	135	73
Abschreibungen auf Forderungen	21	8
Periodenfremde Aufwendungen	425	303
Übrige	353	742
	6.761	8.029

Die periodenfremden Aufwendungen entfallen mit TEUR 70 (i. Vj. TEUR 15) auf Buchverluste aus Anlagenabgängen und mit TEUR 355 (i. Vj. TEUR 288) auf Aufwendungen die mit TEUR 221 im Wesentlichen aus verlorenen Planungskosten und mit TEUR 134 aus Rückzahlungen an Mieter bestehen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen EUR 1.651,87 (i.Vj. EUR 387,78).

(22) Finanzergebnis

	2011 EUR	2010 EUR
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (HCM)	0,00	1,00
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	12.650,50	15.022,45

	2011 EUR	2010 EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	320.614,04	1.936.951,27
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	(5,49)	(41.281,77)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.396.307,55	-4.730.037,66
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(-113.883,99)	(-111.337,59)
	-5.063.043,01	-2.778.062,94

Im Jahr 2004 wurde erstmals im Zusammenhang mit einer zu einem variablen Zinssatz erfolgten Darlehensaufnahme (IKB, Luxemburg, EUR 18 Mio.; Laufzeit bis 30. September 2012) zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos ein Zins-Swap (Zinstauschvereinbarung) in Form eines Payer-Swaps abgeschlossen. Im Jahr 2005 wurden zwei weitere Darlehen auf diese Weise abgeschlossen (Grundgeschäft und Payer-Swap bei der Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014; Grundgeschäft bei der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, und Payer-Swap bei der IKB, Luxemburg, in Höhe von EUR 20 Mio., Laufzeit bis 30. Dezember 2014). Letzteres Darlehen wurde zum 31. August 2009 von der ISB Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz abgelöst und von dieser zu 100% an die KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau ausbezahlt.

Anschaffungskosten fielen für diese Zins-Swaps nicht an. Die Marktwerte werden von den jeweiligen Kreditinstituten entsprechend den Marktbewertungsmethoden ermittelt und der FFHG mitgeteilt. Die Marktwerte der Swaps belaufen sich zum Bilanzstichtag auf EUR -3,2 Mio. (i. Vj. EUR -3,2 Mio) für die drei Zins-Swaps.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind mit TEUR 694 (i. Vj. TEUR 721) Bürgschaftsentgelte enthalten, welche die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH für die Besicherung von Darlehen an das Land Rheinland-Pfalz entrichtet hat, sowie wie im Vorjahr mit TEUR 21 Avalprovisionen für eine Prozessbürgschaft.

(23) Außerordentliches Ergebnis

Das im Vorjahr ausgewiesene außerordentliche Ergebnis resultierte aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG.

III. Ergänzende Angaben

(24) Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Das EnWG verpflichtet Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung gemäß der §§ 6 ff. EnWG. Wir sind der Auffassung, dass wir weder ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne von § 3 Nr. 38 EnWG noch ein Energieversorgungsunternehmen nach § 3 Nr. 18 HS. 1 EnWG, sondern eine Kundenanlage nach § 3 Nr. 24 a EnWGbetreiben. Daher sind die Regelungen zur erweiterten Rechnungslegungspflicht gemäß § 6 b EnWG für uns grundsätzlich nicht einschlägig. Hierbei stützen wir uns auf ein Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei CSC. Rechtsanwälte, Dresden.

Bei unseren Flughafenenergieanlagen sind grundsätzlich alle Anforderungen des § 3 Nr. 24 a EnWG gegeben, da sie sich auf einem räumlich zusammengehörigen Gebiet befinden und mit einem vorgelagerten Energieversorgungsnetz bzw. bestimmten Eigenerzeugungsanlagen verbunden sind. Struktur und Größe gewährleisten die Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs und sind bei der Versorgung mit Elektrizität unbedeutend. Angeschlossene Letztverbraucher werden diskriminierungsfrei beliefert; Drittlieferanten erhalten freien Anlagenzugang.

Die Verträge mit unseren Kunden erfüllen bereits schon jetzt in ganz überwiegendem Maß das Kriterium der unentgeltlichen zur Verfügungsstellung des Energieanlagenbestandes, die wenigen abweichenden Fälle, in welchen bislang ein Netzentgelt kalkuliert wurde, stehen nach unserer Auffassung ebenfalls im Einklang mit dem Wortlaut der Gesetzesbegründung des 2011 novellierten EnWG (s.o.). Diese Verträge werden gleichwohl zeitnah angepasst und es wird auf eine strommengenabhängige Netzentgeltkalkulation verzichtet, so dass die Voraussetzungen für eine Kundenanlage künftig zweifelsfrei gegeben sind.

Bis die Voraussetzungen für die Anerkennung unseres Energieversorgungsnetzes zweifelsfrei feststehen, haben wir dennoch eine Entflechtung der internen Rechnungslegung vorgenommen und diesem Anhang beigefügt. Dies ändert nichts an unserer Einschätzung, dass wir seit dem Inkrafttreten des neuen EnWG im August 2011 über eine Kundenanlage verfügen. Mit Schreiben vom 05.09.2011 haben wir bei der Landesregulierungsbehörde einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir gehen daher davon aus, dass ab dem Jahr 2012 kein Unbundling-Abschluss mehr zu erstellen ist.

(25) Abschlussprüferhonorar

	2011 EUR	2010 EUR
Abschlussprüferleistungen	54.495,33	61.464,00
(davon für Vorjahre)	(1.455,33)	(6.464,00)
Andere Bestätigungsleistungen	30.840,00	23.477,06
(davon für Vorjahre)	(16.740,00)	(0,00)
Steuerberatungsleistungen	0,00	0,00
Sonstige Leistungen	181.699,82	106.741,46
(davon für Vorjahre)	(50.500,00)	(0,00)
	267.035,15	191.682,52

(26) Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte (ohne Organe, Auszubildende, Praktikanten und Aushilfen) zum Stichtag 372 Stammbeschäftigte (i.Vj. 363) und im Jahresdurchschnitt 374 (i.V. 364) Stammbeschäftigte. Darüber hinaus belief sich die Anzahl der Auszubildenden zum Bilanzstichtag auf 12 (i.Vj. 7) sowie die Anzahl der Praktikanten auf 1 (i.Vj. 2).

(27) Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2011:

Jörg Schumacher, Horbruch

Wolfgang Pollety, Boppard

Die Bezüge der Geschäftsführer werden in Anwendung der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht ausgewiesen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz	:	
Dr. Jochen Langen Vorsitzender Ministerialdirigent a.D. bis zum 03. September 2011		Joachim Mertes Stellvertretender Vorsitzender Mainz MdL, Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz
Johannes Endler Vorsitzender Kronberg ab dem 07. Oktober 2011		Hans-Josef Bracht Mainz MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU
Alexander Fuchs Mainz Ministerium der Finanzen bis zum 30. Juni 2011		Hilmar Reinemann Regierungsdirektor Ministerium der Finanzen ab dem 01. Juli 2011
Klaus Stumpf Mainz Ministerialdirigent im Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur		Arbeitnehmersvertreter Jörg Munsteiner Hahn-Flughafen Stellv. Betriebsratsvorsitzender der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH
Vertreter des Landes Hessen:		Vertreter der Kommunen:
Jochen Riebel Flörsheim am Main Staatsminister a. D.		Bertram Fleck Simmern Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises
Klaus-Dieter Jäger Wiesbaden Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung		Harald Rosenbaum Kirchberg Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg

(28) Beteiligungsgesellschaften

Es bestehen im Geschäftsjahr keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Hahn-Flughafen, den 12. März 2012**Die Geschäftsführung**

Jörg Schumacher, Geschäftsführer (Sprecher)

Wolfgang Pollety, Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens (erweiterte Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Anschaffungs- und Herstellungskosten	
	Stand am 01.01.2011 €	Zugänge €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Abgänge €	Stand am 31.12.2011 €
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen und Lizenzen / Software	6.765.506,86	315.226,73	83.978,58	144.768,79	7.019.943,38
	6.765.506,86	315.226,73	83.978,58	144.768,79	7.019.943,38
Sachanlagen					
Grundstücke und Bauten	157.822.452,17	12.735.289,69	2.798.522,38	931.779,52	172.424.484,72
Technische Anlagen und Maschinen	76.683.380,53	1.644.273,16	1.768.297,77	925.838,35	79.170.113,11
Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.297.903,35	711.480,14	17.750,00	656.220,35	21.370.913,14
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.858.109,35	3.001.958,01	-4.668.548,73	1.477.684,34	5.713.834,29
	264.661.845,40	18.093.001,00	-83.978,58	3.991.522,56	278.679.345,26
Finanzanlagen					
Sonstige Ausleihungen	237.196,80	0,00	0,00	39.532,80	197.664,00
	237.196,80	0,00	0,00	39.532,80	197.664,00
	271.664.549,06	18.408.227,73	0,00	4.175.824,15	285.896.952,64
		Kumulierte Abschreibungen		Kumulierte Abschreibungen	
Stand am 01.01.2011 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Zuschreibung €	Abgänge €	Stand am 31.12.2011 €
1.073.770,86	449.944,53	-15,47	-9.057,75	103.434,79	1.411.207,38
1.073.770,86	449.944,53	-15,47	-9.057,75	103.434,79	1.411.207,38

Stand am 01.01.2011 €	Kumulierte Abschreibungen		Kumulierte Abschreibungen			Stand am 31.12.2011 €
	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Zuschreibung €	Abgänge €		
49.831.523,14	6.117.418,67	32,49	-0,76	54.459,52	55.894.514,02	
30.147.271,53	4.388.712,88	-22,65	-1.967,95	922.212,35	33.611.781,46	
13.479.929,35	1.947.834,14	0,00	0,00	623.537,35	14.804.226,14	
810.311,71	393.398,42	5,63	-5,63	1.057.172,58	146.537,55	
94.269.035,73	12.847.364,11	15,47	-1.974,34	2.657.381,80	104.457.059,17	
237.196,80	0,00		0,00	39.532,80	197.664,00	
237.196,80	0,00	0,00	0,00	39.532,80	197.664,00	
95.580.003,39	13.297.308,64	0,00	-11.032,09	2.800.349,39	106.065.930,55	
Buchwert						
	31.12.2011				31.12.2010	
	€				€	
	5.608.736,00				5.691.736,00	
	5.608.736,00				5.691.736,00	
	116.529.970,70				107.990.929,03	
	45.558.331,65				46.536.109,00	
	6.566.687,00				7.817.974,00	
	5.567.296,74				8.047.797,64	
	174.222.286,09				170.392.809,67	
	0,00				0,00	
	0,00				0,00	
	179.831.022,09				176.084.545,67	

Tätigkeitsabschlüsse nach § 6b EnWG

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	Elektrizitätsverteilung EUR
A. Anlagevermögen	
Sachanlagen	2.018.363,85
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	3.266,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	164.845,04
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.828,17
	175.940,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.052,27
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	168,27
	2.198.524,44

Passiva

	Elektrizitätsverteilung EUR
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	561.183,44
II. Kapitalrücklage	52.532,31
III. Andere Gewinnrücklagen	114,88
IV. Jahresüberschuss	53.968,58
V. Kapitalausgleichsposten	-2.790,35
	665.008,86
B. Rückstellungen	92.230,52
C. Verbindlichkeiten	1.393.130,97
D. Rechnungsabgrenzungsposten	48.154,08
	2.198.524,44

Bilanz zum 31. Dezember 2010 (Vorjahr)

Aktiva

	Elektrizitätsverteilung EUR
A. Anlagevermögen	
Sachanlagen	2.221.921,91
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	4.894,59
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	236.896,14
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.498,53
	248.289,26
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.604,02
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	132,91
	2.473.948,10

Passiva

	Elektrizitätsverteilung EUR
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	630.924,74
II. Kapitalrücklage	196.043,27
III. Andere Gewinnrücklagen	126,02
IV. Jahresüberschuss	90.422,90
V. Kapitalausgleichsposten	-62.553,84
	854.963,09
B. Rückstellungen	40.963,26
C. Verbindlichkeiten	1.577.164,21
D. Rechnungsabgrenzungsposten	857,54
	2.473.948,10

Gewinn- und Verlustrechnung 2011

	Elektrizitätsverteilung EUR
1. Umsatzerlöse	812.340,07
2. Bestandsveränderung	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	116,07
4. Sonstige betriebliche Erträge	64.203,78
	876.659,92
5. Materialaufwand	301.856,76
6. Personalaufwand	145.850,89
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	203.558,06
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	118.560,93
9. Finanzergebnis	-52.513,05
	822.339,69
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54.320,23
11. Ausserordentliches Ergebnis	0,00
12. Sonstige Steuern	-351,65
13. Erträge aus Verlustübernahme	0,00
14. Jahresüberschuss	53.968,58

Gewinn- und Verlustrechnung 2010 (Vorjahr)

	Elektrizitätsverteilung EUR
1. Umsatzerlöse	844.150,44
2. Bestandsveränderung	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	183,40
4. Sonstige betriebliche Erträge	101.015,91
	945.349,75
5. Materialaufwand	361.232,14
6. Personalaufwand	157.054,24
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	209.490,88
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	67.799,14
9. Finanzergebnis	-56.780,45
	852.356,85

	Elektrizitätsverteilung EUR
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	92.992,90
11. Ausserordentliches Ergebnis	-2.392,18
12. Sonstige Steuern	-177,82
13. Erträge aus Verlustübernahme	0,00
14. Jahresüberschuss	90.422,90

Entwicklung des Anlagevermögens (erweiterte Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Stand am 31.12.2011 €
	Stand am 01.01.2011 €	Zugänge €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Abgänge €		
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
Technische Anlagen und Maschinen	3.729.783,50	0,00	0,00	0,00		3.729.783,50
	3.729.783,50	0,00	0,00	0,00		3.729.783,50
Kumulierte Abschreibungen						
	Stand am 01.01.2011 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Umbuchungen/ Umgliederung €	Zuschreibung €	Abgänge €	Stand am 31.12.2011 €
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
Technische Anlagen und Maschinen	1.507.861,59	203.558,06	0,00	0,00	0,00	1.711.419,65
	1.507.861,59	203.558,06	0,00	0,00	0,00	1.711.419,65
Buchwert						
				31.12.2011 €		31.12.2010 €
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
Technische Anlagen und Maschinen				2.018.363,85		2.221.921,91
				2.018.363,85		2.221.921,91

Erläuterungen zum Tätigkeitsabschluss nach § 6 b EnWG

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), die am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Aufgrund der geänderten Vorschriften haben wir bis die Voraussetzungen für die Anerkennung unseres Energieversorgungsnetzes zweifelsfrei feststehen, eine Entflechtung der internen Rechnungslegung vorgenommen und einen entsprechenden Tätigkeitsabschluss, wie ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen für den Tätigkeitsbereich

Elektrizitätsverteilung

aufgestellt.

Mit unserem Tätigkeitsabschluss für das Jahr 2012 erfüllen wir die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der internen Rechnungslegung führen wir entsprechend § 6b jeweils getrennte Konten für die Tätigkeit der Elektrizitätsverteilung, die anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitätssektors. Für die Elektrizitätsverteilung haben wir eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Entwicklung des Anlagevermögens gemäß den Anforderungen des EnWG erstellt.

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die dem Tätigkeitsabschluss zugrunde gelegt wurden verweisen wir auf den Anhang.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sowie die Erträge und Aufwendungen wurden, soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich war mit den folgenden Schlüsseln zugeordnet:

- Ertragsschlüssel
- Umsatzschlüssel
- Anlageschlüssel
- Personalschlüssel
- Fahrzeugschlüssel
- Forderungsschlüssel

Zu den einzelnen Posten bemerken wir:

Die **Vorräte der Elektrizitätsverteilung** betreffen Hilfs- und Betriebsstoffe.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Elektrizitätsverteilung

31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
-------------------	-------------------

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	99.524,47	120.369,20
Sonstige Vermögensgegenstände	65.320,57	116.526,94
(davon Gesellschafter Land Rheinland-Pfalz)	(61.909,17)	(102.688,19)
	164.845,04	236.896,14

Sämtliche Forderungen haben wie im Vorjahr eine Laufzeit von unter einem Jahr.

Verbindlichkeiten Elektrizitätsverteilung

	31.12.2011 TEUR	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2010 TEUR
		bis zu 1 Jahr TEUR	von 1 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.331	457	848	26	1.491
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	52	52	0	0	84
Sonstige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Gesellschaftern)	10 (8)	10 (8)	0 (0)	0 (0)	2 (0)
	1.393	519	848	26	1.577

Personalaufwand Elektrizitätsverteilung

	2011 EUR	2010 EUR
Löhne und Gehälter	120.535,94	130.012,90
Soziale Abgaben	22.335,19	24.068,06
Aufwendungen für Altersversorgung	2.979,76	2.973,28
	25.314,95	27.041,34
	145.850,89	157.054,24

Finanzergebnis Elektrizitätsverteilung

	2011 EUR	2010 EUR
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen (HCM)	0,00	0,00
Erträge aus Ausleihungen	0,00	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	281,89 (0,00)	1.542,06 (1.113,02)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	-52.794,94 (-1.486,72)	-58.322,51 (-869,40)
	-52.513,05	-56.780,45

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, Lautzenhausen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Fortbestand der Gesellschaft durch Risiken bedroht ist, die im Lagebericht (Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken) dargestellt sind. Dort wird ausgeführt, dass für den mittel- und langfristigen Fortbestand der Gesellschaft die Geschäftsführung die Übertragung der Infrastruktur einschließlich der damit zusammenhängenden finanziellen Verpflichtungen auf einen anderen Rechtsträger als erforderlich erachtet. Die Trennung von Betrieb und Infrastruktur bedarf jedoch noch der Zustimmung von Aufsichtsrat und den Gesellschaftern sowie entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen mit dem vorgesehenen neuen Eigentümer der Infrastruktur. Falls die Trennung von Betrieb und Infrastruktur nicht wie geplant erfolgt, wäre die Gesellschaft nach dem 30. März 2013 auf weitere finanzielle Maßnahmen der Gesellschafter und Gläubiger angewiesen.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Mainz, den 19. März 2012

**PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Dr. Ralf Worster, Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Neutz, Wirtschaftsprüfer

Feststellungsbeschluss

Der Jahresabschluss wurde am 26.03.2012 festgestellt.
